

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 29. November 2004

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 29. November 2004 beschlossen:

Zum derzeitigen Stand in der Föderalismuskommission

Die Föderalismuskommission hat sich zum Ziel gesetzt, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern. Diese gesteckten Ziele müssen in den Ergebnisvorschlägen der Vorsitzenden Stoiber und Müntefering deutlich sichtbar erreicht werden.

Die FDP erwartet von der Kommission eine deutliche Reduzierung des Anteils der zustimmungspflichtigen Gesetze, Schaffung von mehr Transparenz sowie eine starke Entflechtung der Zuständigkeiten. Ziel ist es, vom lähmenden kooperativen Föderalismus zu Wettbewerbsföderalismus zurückzukehren.

Die Freien Demokraten erwarten, dass die Föderalismuskommission ein substantielles Ergebnis erzielt:

- Eine umfassende Entflechtung der Finanzbeziehungen mit Steuerautonomie für die Bundesländer. Den Ländern muss bei den Steuern, bei denen sie die Ertragshoheit haben, auch die Gesetzgebungskompetenz übertragen werden. Dazu sollten sie ein eigenes Zuschlagsrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten. Als Konsequenz daraus muss eine Anpassung des Länderfinanzausgleichs erfolgen.
- Eine spürbare Reduzierung der Zustimmungserfordernisse im Bundesrat durch eine Reform des Art. 84 GG. Die Länder müssen für ihren Verwaltungsvollzug die Organisationshoheit haben. Sie sollen ihre Behörden und Verwaltungsabläufe sachgerecht und in eigener Verantwortung organisieren dürfen.
- Substantielle Veränderungen bei der Zuordnung der Gesetzgebungskompetenzen nach der strikten Maßgabe des Subsidiariätsprinzips. Ein „materielles Zugriffsrecht“ der Länder in der Gesetzgebung als Ausfluss mangelnder Einigungsfähigkeit darf es nicht geben. Insgesamt muss eine Reduzierung der Zustimmungsgesetze (unter Berücksichtigung der Reform des Art. 84 GG) auf einen Anteil von unter 30 % erreicht werden.
- Eine Veränderung des Länderneugliederungsverfahrens nach Art. 29 GG. Die Liberalen halten die bestehenden Verfahrensregelungen zur Länderneugliederung für zu kompliziert. Hier gilt es Erleichterungen zu schaffen. Neugliederungswillige Bundesländer dürfen nicht an Verfahrenshürden scheitern.

- Die Gemeinschaftsaufgaben in der heutigen Form müssen abgeschafft werden. Der Solidarpakt Ost bleibt unberührt. Im Bereich Forschungsförderung (erweitert durch Großprojekte aus dem Hochschulbau) muss ein unbürokratisches Verfahren für ein weiteres Zusammenwirken gefunden und im Grundgesetz festgeschrieben werden.
- Allgemeinbildende Schulen bleiben in der Kompetenz der Länder. Die außerschulische berufliche Bildung bleibt in der Bundeskompetenz.
- Die Autonomie der Hochschulen muss im Grundgesetz verankert werden.
- Die Neuregelungen müssen es ermöglichen, das komplizierte Umweltrecht durch eine Zusammenfassung in einem Umweltgesetzbuch (UGB) zu vereinfachen.
- Die Länder müssen im Bereich ihres Beamtenrechts die Personalhoheit wiedererlangen, um angesichts ihres hohen Personalkostenanteils die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten zu gewinnen. Dagegen verbleibt es dabei, dass die Statusrechte bundesgesetzlich geregelt werden.
- Verankerung von Stabilitätskriterien in der Verfassung. Nachdem sich die Haushaltslage in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert hat, müssen Bund, Länder und Gemeinden durch eine solche Maßnahme auf eine strenge Begrenzung ihrer Defizite und ihrer Verschuldung verpflichtet werden. Nur so bleiben zukünftige Generationen handlungsfähig.
- Optimierung der Vertretung Deutschlands in der EU. Deutschland muss in Brüssel mit einer Stimme sprechen können. Dazu muss die Bundesregierung umfassende Handlungsmöglichkeiten bekommen. Die frühzeitige Abstimmung mit Bundestag und Länderparlamenten im Vorfeld muss gewährleistet werden. Informations-, Auskunfts- und Unterrichtspflichten müssen installiert werden.

Die FDP-Vertreter haben sehr konstruktiv in der Föderalismuskommission mitgearbeitet. Sie werden ein Ergebnis nur akzeptieren, wenn die genannten Mindestvoraussetzungen erreicht werden.